



## Kindeswohl in der Energiepreiskrise vorrangig berücksichtigen

Die aktuelle Energiekrise und die damit verbundene Inflation stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Viele Bürgerinnen und Bürger blicken angesichts der drastisch steigenden Preise mit Sorge auf die kommenden Monate. Menschen, die bereits vor der Krise unter oder knapp über der Armutsgrenze lebten und keine Rücklagen bilden konnten, trifft es besonders hart. Dazu gehören auch viele Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

Als Kinderfreundliche Kommunen sind wir uns dieser Belastungen bewusst und möchten die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich unterstützen. Gleichzeitig steigt mit den Energiepreisen aber der Druck auf die kommunalen Haushalte. Um die kritische soziale Infrastruktur, wie Schulen, Kitas, Pflegeheime und Krankenhäuser, aufrechtzuerhalten, fallen laut aktueller Prognosen die doppelten bis dreifachen Energiekosten an. In der Folge drohen Einsparungen bei den Leistungen, die gesetzlich nicht ausreichend abgesichert sind. Sollten die bereits eingeführten Energiesparmaßnahmen, wie die gesenkten Temperaturen in Schwimmbädern und in öffentlichen Räumen, nicht mehr ausreichen, werden Einrichtungen zwangsläufig schließen müssen. Als Kommunen stehen wir absehbar vor der Entscheidung: Schließen wir die Beratungsstelle oder das Museum, den Jugendclub oder die Bibliothek?

Diese sozialen und kulturellen Angebote spielen jedoch vor allem für Heranwachsende eine zentrale Rolle. Für viele armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sind sie der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und einem gleichberechtigten Aufwachsen. Als wichtige Anlaufstellen für Familien werden soziale Einrichtungen gerade in Krisenzeiten dringend gebraucht. Wir Kinderfreundlichen Kommunen betrachten es daher als höchst problematisch, aufgrund kommunalrechtlicher und haushaltspolitischer Vorgaben an diesen wichtigen Angeboten kürzen zu müssen.

Kinder und Jugendliche waren und sind bereits in der Covid-19-Pandemie die Leidtragenden, deren Interessen wiederholt vernachlässigt wurden und werden. Angesichts der anfangs noch kaum einschätzbaren Krankheit haben viele Kommunen den Schutz der Gesundheit der Kinder in den Mittelpunkt gestellt und ihre anderen Rechte darüber zu häufig aus dem Blick verloren. Entscheidungen, die ihr Leben maßgeblich beeinflussten, wurden zu oft ohne ihre Beteiligung getroffen und fielen zu ihren Ungunsten aus. Kinder und Jugendliche mussten deutlich weiter reichende Einschnitte in ihre Rechte und ihre Lebenswelt hinnehmen als die Mehrheit der Erwachsenen. Familien waren durch die Schließungen der Schulen, Kitas sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe auf sich allein gestellt und teilweise sehr hohen Belastungen ausgesetzt. Das betraf insbesondere ärmere Familien. Neben der aktuellen finanziellen Notlage für viele Familien beobachten wir, dass Kinder und Jugendlichen auch heute noch unter den Folgen dieser Maßnahmen leiden. Gleichzeitig machen sie sich Sorgen in der aktuellen Situation. Der Krieg in der Ukraine, die sich daran anschließende Energiekrise und als zusätzliche mentale Belastung die drohende Klimakatastrophe setzen vielen jungen Menschen sehr zu.

Darum ist es umso wichtiger, dass wir in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene jetzt handeln und Kinder und Jugendliche nicht wieder vergessen. Wir haben uns in der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet und müssen dem nachkommen.

Seit 2010 wirkt die UN-KRK als unmittelbar geltendes Bundesrecht und gilt somit für alle politischen Ebenen. Artikel 4 der UN-KRK verpflichtet die Vertragsstaaten und somit auch die Bundesrepublik Deutschland, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der Kinderrechte zu treffen.

Als Stadtoberhäupter der Kinderfreundlichen Kommunen möchten wir zeigen, wie es möglich ist, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien so gut wie möglich durch diese Krise kommen. Dafür wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Wie bei allen anderen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, berücksichtigen wir auch bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen die aktuelle Inflation und Energiekrise den Vorrang des Kindeswohls. Das Kindeswohl kann nur ermittelt werden, indem Kinder und Jugendliche selbst angehört werden bzw. ihre Perspektive berücksichtigt wird.
- Wir beteiligen Kinder und Jugendliche regelmäßig und werden dies auch bei Maßnahmen in der aktuellen Krise tun.
- Wir berücksichtigen den Vorrang des Kindeswohls bei der Haushaltsaufstellung anhand der Handlungsempfehlungen für die Berücksichtigung des Kindeswohlprinzips im kommunalen Haushaltsaufstellungsverfahren. So können wir sicherstellen, dass in schwierigen Haushaltslagen die Kinderrechte nicht vergessen werden. Damit einhergehend nehmen wir im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten keine Kürzungen bei den Angeboten zur Umsetzung der Kinderrechte vor.

Die Umsetzung der Kinderrechte kann nur gemeinsam mit Bund und Ländern gelingen. Um Kinder, Jugendliche und ihre Familien in der Energiepreiskrise zu unterstützen und die genannten Maßnahmen umsetzen zu können, benötigen wir den Rückhalt durch den Bund und die Länder.

Daher fordern wir:

- Bund und Länder müssen die Pflicht aller politischen Ebenen zur Umsetzung der Kinderrechte durch eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz klarstellen. Dadurch würde verdeutlicht, dass diese Pflichtaufgabe auch in Krisen nicht an Priorität verlieren darf. Gerade in solchen Zeiten ist es wichtig, dass es eine Verpflichtung auf Verfassungsebene gibt, die Kinderrechte zu berücksichtigen. Wir ermutigen alle demokratischen Parteien auf Bundes- und Landesebene, das gemeinsam möglich zu machen.
- Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Umsetzung der Kinderrechte und die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls auch in der Energiepreiskrise gewährleisten zu können. Dazu sind Unterstützungsprogramme von Bund und Ländern notwendig.
- Die „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen auf Basis des SGB VIII sind wichtig für die Stärkung von Kindern. Durch landesgesetzliche Vorgaben muss klargestellt werden, dass hier eine Leistungsverpflichtung der Länder und Kommunen besteht. Für Kommunen, die der damit verbundenen finanziellen Verantwortung aufgrund ihrer Haushaltslage nicht selbstständig nachkommen können, braucht es entsprechende Hilfen.

- Der Bund muss die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung auf Grundlage eines neu berechneten Existenzminimums schnell voranbringen. Nur im Zusammenspiel mit einer langfristigen Absicherung der monetären Bedarfe von Kindern und Jugendlichen können die kommunalen Angebote und Einrichtungen allen Kindern und Jugendlichen ein gutes und gesundes Aufwachsen gewährleisten.

Alle Orte, in denen Kinder leben, müssen kinderfreundlich werden – gerade in Krisenzeiten wie diesen. Wir rufen alle Kommunen auf, sich für Kinder und Jugendliche stark zu machen und stellen als kinderfreundliche Kommunen anderen Kommunen unsere Expertise und Erfahrung gerne zur Verfügung.

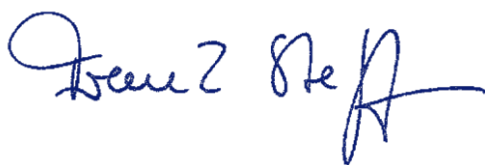
Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister folgender Kommunen tragen den Aufruf mit:



Frank Schmidt  
Allg. Stellvertreter des Bürgermeisters  
Gemeinde Algermissen



Klaus Blome  
Bürgermeister  
Stadt Bad Pyrmont



Frank Steffen  
Bürgermeister  
Stadt Beeskow



Gordon Lemm  
Bezirksbürgermeister  
Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Sören Benn

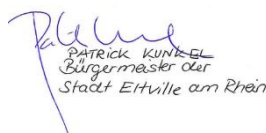
Sören Benn  
Bezirksbürgermeister  
Pankow von Berlin



André Stahl  
Bürgermeister  
Stadt Bernau bei Berlin



Dieter Freytag  
Bürgermeister  
Stadt Brühl



Patrick Kunkel  
Bürgermeister  
Stadt Eltville am Rhein

Axel Weiss-Thiel  
Bürgermeister  
Stadt Hanau

Marcel Litfin  
Bürgermeister  
Gemeinde Harsum

Sabine Wist  
Bürgermeisterin  
Stadt Hemmoor

Uwe Semper  
Bürgermeister  
Gemeinde Hohenhameln

Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin  
Stadt Köln

Alexander Putz  
Oberbürgermeister  
Stadt Landshut

Karl-Heinz Kaiser  
Erster Stadtrat  
Stadt Maintal

Manuel Meger  
Bürgermeister  
Stadt Nauen

Kai Buchmann  
Oberbürgermeister  
Stadt Nordhausen

Björn Sommer  
Erster Stadtrat  
Stadt Oestrich-Winkel

Vanessa Gattung  
Bürgermeisterin  
Stadt Papenburg

Norbert Seidl  
Erster Bürgermeister  
Stadt Puchheim

Gertrud Maltz-Schwarzfischer  
Oberbürgermeisterin  
Stadt Regensburg

Luca Wilhelm Prayon  
Bürgermeister  
Gemeinde Remchingen

Andreas Fredrich  
Bürgermeister  
Stadt Senftenberg

Sandro Zehner  
Bürgermeister  
Stadt Taunusstein

Anna-Katharina Horst  
Bürgermeisterin  
Gemeinde Weilerswist

Daniel Herz  
Bürgermeister  
Stadt Witzenhausen

Dennis Weilmann  
Oberbürgermeister  
Stadt Wolfsburg

Michael Solty  
Bürgermeister a.D.  
Stadt Zeven